

Deutsche Arbeitskräftepolitik in den besetzten Ostgebieten*

von Christian Westerhoff

Die fortschreitende Mobilisierung von Soldaten und der Übergang zur industriellen Kriegsführung führten Anfang 1915 zu einem eklatanten Arbeitskräftemangel in Deutschland. Da einheimischer Ersatz nicht in ausreichendem Maße beschafft werden konnte, kam der Gewinnung von Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten eine zentrale Rolle zu. Darüber hinaus mangelte es in Deutschland an zahlreichen Produkten, die aufgrund der alliierten Seeblockade nicht mehr importiert werden konnten. Bei der essentiellen Versorgung mit Lebensmitteln und Forstprodukten konnten die besetzten Territorien in Polen und im Baltikum eine wertvolle Ergänzung darstellen.¹ Eine umfassende Abwerbung von Arbeitskräften nach Deutschland schloss jedoch die maximale Ausbeutung dieser Ressourcen in den besetzten Gebieten aus. Hier galt es eine Entscheidung zu treffen.

In den von Deutschland besetzten Gebieten an der Ostfront wurden sehr unterschiedliche Wege eingeschlagen. Im nördlichen Teil Russisch-Polens, das das Verwaltungsgebiet „Generalgouvernement Warschau“ (GGW) bildete (siehe Abb. 1), lag der Schwerpunkt eindeutig auf der Anwerbung nach Deutschland. Demgegenüber wurden in den besetzten Gebieten des Baltikums, die in der Verwaltungseinheit „Ober Ost“ zusammengefasst waren, in nicht geringem Umfang Arbeitskräfte zusammengezogen, um die Ressourcen des Landes auszubeuten.

Im Folgenden soll untersucht werden, wie es zu dieser unterschiedlichen Politik kam. Insbesondere soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit hierbei die örtlichen Ausgangsbedingungen wie die geografische Lage, das Vorhandensein wichtiger Rohstoffe, die Wirtschafts-

* Dieser Aufsatz stellt einen Ausschnitt aus meinem Dissertationsprojekt „Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Rekrutierung und Beschäftigung osteuropäischer Arbeitskräfte in Deutschland und in den besetzten Gebieten“ am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt dar. Für Hinweise und kritische Anmerkungen danke ich Jochen Oltmer, Wolfgang Reinhard und Joachim Tauber.

¹ Siehe Martin Bemann, „... kann von einer schonenden Behandlung keine Rede sein“. Zur forst- und landwirtschaftlichen Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau durch die deutsche Besatzungsmacht, 1915–1918, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N.F. 55 (2007), H. 1, S. 1-4.

struktur und die Arbeitskräftesituation oder davon unabhängige Vorstellungen der Verwaltungschefs eine Rolle spielten.

Die deutsche Besatzungspolitik in diesen russischen Territorien ist bisher fast ausschließlich unter politischen, kaum aber unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet worden.² Die Informationen für den folgenden Text mussten daher aus zahlreichen Quellen und zeitgenössischen Schriften zusammengetragen werden.



Abb. 1: Deutsche Besatzungsgebiete an der Ostfront³

² Die wichtigsten Werke zur deutschen Besatzungspolitik in Russisch-Polen und im Baltikum während des Ersten Weltkrieges behandeln wirtschaftliche Aspekte nur am Rande: Werner Conze, *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*. Köln/Graz 1958; vgl. Vejas G. Liulevicius, *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonialisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*. Hamburg 2002; Abba Strazhas, *Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober Ost 1915–1917*. Wiesbaden 1993; Gerd Linde, *Die deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg*. Wiesbaden 1965. Erst kürzlich ist von Martin Bemann auf dieses Desiderat hingewiesen worden. Siehe Bemann, *Schonende Behandlung* (wie Anm. 1), S. 2 f.

³ Für die Erstellung der Karte danke ich Christoph Reichel.

Aufgrund der Komplexität der Beschäftigungssituation in Ober Ost einerseits und der außergewöhnlich guten Quellenlage zur Forstverwaltung Bialowies (Białowież) andererseits wird bei der Darstellung der Arbeitskräftepolitik in Ober Ost ein Schwerpunkt auf der Forstwirtschaft in Bialowies liegen (siehe Abb. 1). Anhand dieses „Musterbetriebes“, des größten Produzenten von Holzprodukten in den besetzten Gebieten, lassen sich die wichtigsten Linien der Arbeitskräftepolitik in Ober Ost besonders pointiert nachzeichnen.

1. Die Arbeitskräftepolitik im Generalgouvernement Warschau

„Unsere wichtigste Aufgabe ist es, im Interesse des Vaterlandes die Wanderung der polnischen Arbeiter nach Deutschland zu unterstützen. Die besten Arbeiter des Generalgouvernements Warschau müssen sich diesem Ziel unterordnen, die Interessen des besetzten Gebietes sind zweitrangig.“⁴

Hans Hartwig von Beseler, Generalgouverneur von Warschau

Russisch-Polen hatte im Gegensatz zu anderen Gebieten des Russischen Reiches seit Ende des 19. Jahrhunderts eine rasante industrielle Entwicklung erlebt. Diese hatte sich jedoch nicht gleichmäßig in allen Teilen des Landes vollzogen, sondern konzentrierte sich im Wesentlichen auf die Hauptstadt Warschau (Warszawa), Lodz (Łódź) und die Kreise Bendzin (Będzin) und Tschenstochau (Częstochowa). Von besonderer Bedeutung war die Textilindustrie, in der 1910 ca. 150 000 der 400 000 Industriearbeiter Russisch-Polens beschäftigt waren.⁵ Die Textilindustrie war vor allem in Lodz beheimatet und wies einen besonders hohen Anteil an Frauen auf. Sie stellten 46% der Belegschaften.⁶

Der größte Teil der Bevölkerung lebte jedoch nach wie vor von der

⁴ Władysław Grabski, Józef Stojanowski, Jan Warezak, *Rolnictwo Polski 1914–1918* [Polens Landwirtschaft 1914–1918], in: *Polska w Czasie Wielkiej Wojny, 1914–1918* [Polen im Ersten Weltkrieg, 1914–1918], hrsg. v. Marcei Handelsman. Bd. 3: *Historja Ekonomiczna* [Wirtschaftsgeschichte]. Warschau 1936, S. 440.

⁵ *Vie Economique du Royaume de Pologne*. Ier Volume, IIIe Fascicule de l'Encyclopédie Polonaise, publiée par le Comité des publications encyclopédiques sur la Pologne. Fribourg/Lausanne 1917, S. 39, 163; vgl. *Polen. Entwicklung und gegenwärtiger Zustand*. Berlin 1918, S. 598; *Poland. Her People, History, Industries, Finance, Science, Literature, Art, and Social Development*. Lausanne 1916, S. 160.

⁶ *Vie Economique* (wie Anm. 5), S. 167.

Landwirtschaft.⁷ Der Landbesitz von ca. 4 Mio. Bauern war jedoch so klein, dass diese von dessen Ertrag allein nicht leben konnten, zumal Russisch-Polen vielerorts eine hohe ländliche Bevölkerungsdichte aufwies. Etwa 1 Mio. Landarbeiter verfügte außerdem über kein eigenes Land.⁸ Aufgrund dieser wirtschaftlichen und demografischen Probleme hatten vor dem Krieg Hunderttausende Landbewohner im Hoch- und Tiefbau, in der Forstwirtschaft und in der Industrie Russisch-Polens ein Einkommen gesucht oder waren zur Saisonarbeit nach Deutschland gegangen.⁹

Der Ausbruch des Krieges und die Besetzung durch deutsche Truppen waren für die Wirtschaft in Russisch-Polen ein schwerer Schlag. Zahlreiche Industriezweige wurden von der Rohstoffzufuhr und von den Absatzmärkten abgeschnitten. Dies traf vor allem auf die Baumwollverarbeitung zu, die zu 100% von Importen abhängig war und deren Produkte vor dem Krieg vor allem in das Innere Russlands geliefert wurden. Darüber hinaus waren Textilien für die Kriegswirtschaft von untergeordneter Bedeutung. Diese Probleme wurden noch erheblich verstärkt durch die Tatsache, dass die deutsche Textilindustrie mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und daher kein Interesse an einer Konkurrenz aus Russisch-Polen hatte. In der Folge mussten zahlreiche Unternehmen den Betrieb einstellen. In den Industriezentren breitete sich eine massenhafte Arbeitslosigkeit aus.¹⁰ Die deutsche Besatzungsverwaltung sprach im März 1915 von 200 000 Arbeitslosen im von Deutschland besetzten Teil Russisch-Polens.¹¹

Auch der Handel und das Handwerk erlitten schwere Schäden. Die jüdische Bevölkerung, die ca. 15% der Einwohner Russisch-Polens ausmachte, war hiervon besonders betroffen, da diese Wirtschaftszweige ihre Haupterwerbsquellen bildeten.

Da es kaum alternative Beschäftigungsangebote gab, entwickelte sich die Arbeitslosigkeit zu einem massiven sozialen Problem, das

⁷ Nach einer exilpolnischen Quelle lebten 1910 66% der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Polen (wie Anm. 5), S. 950.

⁸ *Vie Economique* (wie Anm. 5), S. 160 f.; vgl. Polen (wie Anm. 5), S. 953; Alexander von Guttry, *Die Polen und der Weltkrieg. Ihre politische und wirtschaftliche Entwicklung in Rußland, Preußen und Österreich*. München 1915, S. 117.

⁹ *Vie Economique* (wie Anm. 5), S. 160 f.; vgl. Polen (wie Anm. 5), S. 953.

¹⁰ 1. Verwaltungsbericht der Zivilverwaltung beim Oberbefehlshaber Ost, 8.2.1915, 2. Verwaltungsbericht der Zivilverwaltung beim Oberbefehlshaber Ost, 24.2.1915. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA), Rep 77, Titel 875, Nr. 10 Adh. 2.

¹¹ Friedrich Zunkel, *Die ausländischen Arbeiter in der deutschen Kriegswirtschaftspolitik des Ersten Weltkrieges*, in: *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft*. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Gerhard A. Ritter. Berlin 1970, S. 290.

durch Versorgungsgespässe und Preissteigerungen noch verstärkt wurde. Zahlreiche Erwerbslose versuchten bei Verwandten in der Landwirtschaft unterzukommen,¹² die jedoch schon zuvor kein ausreichendes Auskommen geboten hatte. Der jüdischen Bevölkerung stand diese Ausweichmöglichkeit in der Regel nicht offen, da es ihr Jahrhunderte lang verboten gewesen war, Landwirtschaft zu betreiben.¹³

Nachdem die Armeen der Mittelmächte im Sommer 1915 ganz Russisch-Polen erobert hatten, wurde gegen den Willen des Militärs in der nördlichen Hälfte das zivilverwaltete Generalgouvernement Warschau (GGW) gebildet (siehe Abb. 1). An dessen Spitze stand Generalgouverneur Hans Hartwig von Beseler,¹⁴ welcher direkt dem Kaiser unterstellt war. Ihm nachgeordnet war Verwaltungschef Wolfgang von Kries.¹⁵

Die deutsche Verwaltung im Generalgouvernement Warschau verfolgte grundsätzlich drei Ziele: erstens die Sicherung der Verbindung zwischen Front und Heimat, zweitens die Integration der regionalen Wirtschaft in die deutsche Kriegswirtschaft und drittens die Gewinnung möglichst vieler Arbeitskräfte für Landwirtschaft, Industrie und Bergbau in Deutschland.¹⁶ Während das erste Ziel insbesondere durch ein Straßenbauprogramm erreicht werden sollte, galt es für das zweite Ziel, die Erträge der Land- und Forstwirtschaft zu steigern.¹⁷

Eindeutig im Mittelpunkt stand jedoch das dritte Ziel mit der Anwerbung von Arbeitskräften nach Deutschland. Ein Runderlass des preußischen Kriegsministeriums vom 7. Dezember 1916 erklärte diese Aufgabe zur obersten Richtlinie der Arbeitskräftepolitik in Russisch-Polen.

Das Ziel der Anwerbung sollte durch ein Bündel von Maßnahmen erreicht werden. Alle als nicht dringend notwendig erachteten Ar-

¹² 3. (5.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouvernement Warschau, 1.1.1916–31.3.1916. Bundesarchiv Berlin (BAB), R 1501, Nr. 119759.

¹³ Georg Gotheim, *Das selbständige Polen als Nationalitätenstaat*. Stuttgart 1917, S. 53.

¹⁴ Hans Hartwig von Beseler (1850–1921) hatte sich zuvor durch die Eroberung Antwerpens einen Namen gemacht.

¹⁵ Wolfgang von Kries (1868–1945) war seit 1903 Landrat in der Provinz Posen und Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses. Im November 1917 trat er wegen politischer Differenzen aus der Verwaltung des Generalgouvernements aus. Nach dem Krieg saß er für die Deutsche Volkspartei im preußischen Landtag.

¹⁶ Wolfgang von Kries, *Deutsche Polenpolitik im Weltkriege*. MS [1937], Bundesarchiv Koblenz (BAK), KLE 710, Nr. 4, S. 16 u. 19.

¹⁷ Die Vorteile der deutschen Okkupation für Polen, hrsg. v. der Abwicklungsstelle des GGW, 15.4.1919. Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (BA-MA), N 30, Nr. 38; vgl. Kries, *Deutsche Polenpolitik* (wie Anm. 16), S. 20 f.

beiten in den besetzten Gebieten sollten eingestellt werden. Für die bereits stark in Mitleidenschaft genommene polnische Industrie bedeutete dies vielfach die Schließung weiterer Betriebe, die nicht als kriegswichtig angesehen wurden. An einen Ausbau der Produktion oder gar die Errichtung neuer Betriebe war unter diesen Umständen nicht zu denken. In der polnischen Landwirtschaft sollten möglichst Frauen arbeiten, um die Männer für die Anwerbung nach Deutschland frei zu stellen. Auch für die jüdische Bevölkerung, Männer wie Frauen, war aufgrund antisemitischer Ressentiments vorrangig eine Beschäftigung in den besetzten Gebieten vorgesehen.¹⁸ Die Ursache für die Rückstellung der jüdischen Arbeitskräfte lag neben vielfach fehlenden Fachqualifikationen für die deutsche Industrie und Landwirtschaft in der antisemitischen Agitation des Alldeutschen Verbandes und anderer nationalistischer Organisationen.¹⁹

Die Ziele der Verwaltung weisen deutliche Überschneidungen mit den Zielen wirtschaftlicher Interessenvertreter aus Deutschland auf. Die deutsche Landwirtschaft war seit Jahren auf die Hilfe Hunderttausender russisch-polnischer Arbeitskräfte angewiesen.²⁰ Mit dem Beginn der industrialisierten Kriegsführung bemühten sich auch Industrie und Bergbau im Ruhrgebiet und in Oberschlesien massiv um Personal aus dem Generalgouvernement.²¹ Außerdem waren deutsche Unternehmen z.B. in der Textilindustrie daran interessiert, Konkurrenten auszuschalten.

In der Vorkriegszeit hatte die Anwerbung von Arbeitskräften aus Russisch-Polen in der Hand verschiedenster privater und öffentlicher Vermittlungsinstitutionen gelegen. Die von preußischen Ministerien, den Landwirtschaftskammern und dem Ostmarkenverein initiierte Deutsche Arbeiterzentrale (DAZ) hatte nur einen kleinen Teil des Vermittlungsgeschäfts an sich ziehen können. Mit Kriegsausbruch begann die DAZ erfolgreich, ihre Position auszubauen. Privaten Werbepersonen, die in der Anfangszeit der Besetzung noch relativ aktiv gewesen

¹⁸ Kriegsministerium, Verwendung von Arbeitskräften aus den von Deutschland besetzten Gebieten Polens in der deutschen Kriegswirtschaft, 7.12.1916. BAB, R 3001, Nr. 7764.

¹⁹ Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. Bonn 2003, S. 101.

²⁰ Siehe hierzu Klaus J. Bade, „Preußengänger“ und „Abwehrpolitik“. Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Ausländerkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte 24 (1984), S. 91-162.

²¹ Lothar Elsner, Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeitspolitik in Deutschland während des Ersten Weltkriegs, in: Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts, hrsg. v. Klaus J. Bade. Bd. 2, Ostfildern 1984, S. 534.

waren, wurde per Anweisung aus Berlin und Warschau offiziell die Arbeitskräftevermittlung in den besetzten östlichen Gebieten untersagt. Die Arbeiterzentrale erhielt ein Monopol für die Anwerbung nach Deutschland, nach Ober Ost und innerhalb des Generalgouvernements.²² Sie errichtete daraufhin ein engmaschiges Netz von Vermittlungsstellen.

Da die große Arbeitslosenzahl ein erhebliches Unruhepotenzial darstellte und beträchtliche Kosten verursachte,²³ versuchte die Verwaltung des Generalgouvernements zunächst, der Beschäftigungslosigkeit durch öffentliche Arbeiten zu begegnen. Dies war für die Verwaltung zumindest in gewissem Umfang durchaus von Interesse, da die Wiederherstellung und der Ausbau der Infrastruktur gerade zu Beginn der Besatzung viel Personal erforderten. Im März 1916 wurden bei Bahn-, Stellungs-, Straßen-, Brücken- und Forstarbeiten immerhin rund 83 000 männliche Arbeitskräfte beschäftigt.²⁴



Abb. 2: Straßenbauarbeiten in den besetzten östlichen Gebieten. Erstaunlich ist der hohe Frauenanteil bei dieser schweren körperlichen Arbeit.²⁵

²² Oberbefehlshaber Ost, Sammelbefehl Nr. 6, Ziffer 74, S. 36 f., „Verbot der wilden Arbeiteranwerbung“, 13.12.1917, BA-MA, PHD 8/24.

²³ Wolfgang von Kries, *Deutsche Staatsverwaltung in Russisch-Polen*, in: *Preußische Jahrbücher* 233 (1933), S. 135 f.; vgl. Andreas R. Hofmann, *Reweaving the Urban Fabric: Multiethnicity and Occupation in Lodz, 1914–1918*, in: *Endangered Cities. Military Power and Urban Societies in the Era of World Wars*, hrsg. v. Marcus Funck u. Roger Chickering, Boston 2004, S. 87.

²⁴ 3. (5.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs beim GGW, 1.1.1916–31.3.1916. BAB, R 1501, Nr. 119759.

²⁵ BAK, Bild 3, Sachthematische Bildersammlung, II. Erster Weltkrieg, 1914–1918.

Obwohl auf diese Weise viele arbeitslose Industriearbeiter eine Anstellung fanden, wurde die Erwerbslosigkeit nicht vollständig abgebaut.²⁶ Dies war auch gar nicht im Sinne der Verwaltung und der Deutschen Arbeiterzentrale. Vielmehr kam es darauf an, „den Zustrom an Kapitalien, den Bau von öffentlichen Wegen, Eisenbahnen usw. so einzurichten, daß nicht zu viele der einheimischen Kräfte dadurch gebunden werden“²⁷ und genug Arbeitskräfte frei blieben für die Anwerbung nach Deutschland.

Als die Arbeitslosigkeit vor allem aufgrund der Anwerbungen nachließ, stellte die Verwaltung immer mehr öffentliche Arbeiten ein. Dies lässt sich am Beispiel des Straßenbaus nachvollziehen, in dem die meisten Arbeitskräfte tätig waren. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 10 000 im Juni 1915 auf 45 496 im März 1916 und ging schließlich wieder auf 11 434 im Juni 1917 zurück. Anfang 1918 waren nur noch 2 500-5 000 Personen im Straßenbau beschäftigt. Darüber hinaus versuchte die Verwaltung verstärkt, auf Frauen zurückzugreifen. Auf den ersten Blick lässt der Rückgang der Beschäftigten auf eine Fertigstellung der Straßenbauprojekte schließen. Für den Ausbau der Hauptstrecken traf dies durchaus zu. Darüber hinaus geplante Baumaßnahmen konnten Anfang 1917 jedoch nicht durchgeführt werden, da das notwendige Personal fehlte.²⁸

Die deutschen Behörden verschärfen die ökonomische Situation im Generalgouvernement zum Teil bewusst, um die Zahl der Anwerbungen zu erhöhen.²⁹ Die Verwaltung versuchte, die Unterstützungsleistungen für Arbeitslose zu beschneiden.³⁰ In zahlreichen für nicht kriegswichtig erachteten Betrieben wurden die Rohstoffe abtransportiert und die Maschinen demontiert.³¹ Eine Wiederaufnahme der Produktion in Betrieben der Textilindustrie in Lodz lehnte Generalgou-

²⁶ Kries, Staatsverwaltung (wie Anm. 23), S. 136.

²⁷ Erich Keup, Polnische Wanderarbeiter, in: *Der Panther* 4 (1916), H. 8, S. 1031.

²⁸ Verwaltungsberichte des Verwaltungschefs bei der Zivilverwaltung für Russisch-Polen bzw. beim GGW, 21. Mai 1915–30. September 1918. GStA, Rep 77, Titel 875, Nr. 10 Adh. 2, Rep 84a, Nr. 6211-621; BAB, R 1501, Nr. 119759.

²⁹ Zosa Szajkowski, East European Jewish Workers in Germany during World War I, in: Salo Wittmayer Baron, hrsg. v. Saul Liebermann. Jubilee Volume on the Occasion of his 80th Birthday, Jerusalem 1974, S. 894.

³⁰ Mieczyslaw Hertz, Łódź w czasie wielkiej wojny [Lodz während des großen Krieges]. Lodz 1933, S. 192; vgl. M. Motas/I. Motasowa, Zagadnienie wywozu sily roboczej z Krolestwa Polskiego do Niemiec w okresie pierwszej wojny swiatowej [Die Problematik der Arbeiterdeportation aus dem Königreich Polen nach Deutschland in der Zeit des Ersten Weltkrieges], in: *Teki Archiwalne* 4 (1955), S. 30-42.

³¹ Erinnerungen und Dokumente von Johannes Victor Bredt 1914 bis 1933, bearb. v. Martin Schumacher. Düsseldorf 1970, S. 105.

verneur von Beseler am 25. Juli 1916 mit der Bemerkung ab, dass sich die Arbeitslosen für die Arbeit in Deutschland melden sollten.³²

Vor dem Hintergrund der schlechten wirtschaftlichen Lage und verstärkt durch die Maßnahmen der Verwaltung konnten mindestens 220 000 Personen während des Krieges im Generalgouvernement Warschau angeworben werden.³³ Zusammen mit den 200 000-300 000 russisch-polnischen Arbeitskräften, die seit August 1914 in Deutschland festgehalten wurden,³⁴ arbeitete somit eine beachtliche Zahl von Arbeitskräften aus Russisch-Polen in Deutschland.

Über die Beschäftigung einheimischer Arbeitskräfte zur Nutzung der land- und forstwirtschaftlichen Ressourcen des Generalgouvernements finden sich nur wenige Hinweise. Trotz einer geringeren Waldfläche im Vergleich zu Ober Ost produzierte die Forstwirtschaft im Generalgouvernement durchaus beachtliche Mengen an Holz und anderen Forstprodukten, zumal die Wälder zum Teil besser erschlossen waren.³⁵ Bezüglich der Verwendung einheimischer Arbeitskräfte wird aber lediglich erwähnt, dass teilweise Fuhrleute zur Abfuhr des Holzes gezwungen werden mussten³⁶ und dass die Beschaffung von Personal ab Ende 1916 zunehmend schwieriger wurde.³⁷ In der Landwirtschaft wurde die umliegende Bevölkerung im Vergleich zu Ober Ost in weit geringerem Maße zwangsweise zur Bewirtschaftung herrenloser Güter herangezogen.³⁸ Dies war vielfach nicht notwendig, da es nur relativ wenige verlassene Güter gab,³⁹ die zudem in der Regel verpachtet werden konnten. Allgemein wurden anstehende Ar-

³² Hofmann, *Reweaving* (wie Anm. 23), S. 89 f.

³³ Halbjahresberichte des Verwaltungschefs beim GGW. GStA, Rep 84a, Nr. 6211, 6213, BAB, R 1501, Nr. 119760. Ein polnisches Buch aus der Zwischenkriegszeit kommt für die Dauer des Krieges auf 274 716 angeworbene Personen aus dem Generalgouvernement. Grabski, Stojanowski, Warezak, *Rolnictwo Polski* (wie Anm. 4), S. 445.

³⁴ Jens Thiel, *Polnische und belgische Zwangsarbeiter in Deutschland im Ersten Weltkrieg*, in: *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, hrsg. v. Klaus J. Bade (u.a.). Paderborn (u.a.) 2007, S. 864.

³⁵ Bemann, *Schonende Behandlung* (wie Anm. 1), S. 12 ff., 25 u. 28.

³⁶ 2. Vierteljahrsbericht der Kaiserlich Deutschen Zivilverwaltung für Polen links der Weichsel für die Zeit vom 26. April 1915 bis zum 20. Juli 1915. GStA, Rep 84a, Nr. 6208.

³⁷ Halbjahresberichte des Verwaltungschefs beim GGW für die Zeit vom 1.10.1916–31.3.1917 und vom 1.4.1917 bis zum 30.9.1917. GStA, Rep 84a, Nr. 6211; vgl. Bemann: *Schonende Behandlung* (wie Anm. 1), S. 10 f.

³⁸ 1917 stellte die Verwaltung Überlegungen an, die Gutsbesitzer durch die zwangsweise Heranziehung der örtlichen Bevölkerung mit günstigen Arbeitskräften auszustatten. Halbjahresbericht des Verwaltungschefs beim GGW für die Zeit vom 1.4.1917 bis zum 30.9.1917. BAB, R 1501, Nr. 119761.

³⁹ 2. Vierteljahrsbericht der Kaiserlich Deutschen Zivilverwaltung für Polen links der Weichsel für die Zeit vom 26. April 1915 bis zum 20. Juli 1915. GStA, Rep 84a, Nr. 6208.

beiten in Land- und Forstwirtschaft in vielen Fällen durch deutsche Soldaten,⁴⁰ durch Kriegsgefangene,⁴¹ durch die Verpachtung an Privatpersonen⁴² oder durch die Beauftragung privater Unternehmen⁴³ durchgeführt.

2. Die Arbeitskräftepolitik in Ober Ost und die Forstverwaltung Bialowies

2.1 Ober Ost

„Es wäre ein schwerer volkswirtschaftlicher Fehler gewesen, wenn man aus kurzsichtiger Sparsamkeit oder Bequemlichkeit sich begnügt hätte, die Forstnutzung den vorhandenen Arbeitskräften und Transportmitteln anzupassen.“⁴⁴

Georg Escherich, Leiter der Forstverwaltung Bialowies

Nordost-Polen und das Baltikum waren in erster Linie durch die Land- und Forstwirtschaft geprägt. Es gab nur wenig Industrie und wenige größere Städte.⁴⁵ Der Handel lag wie im Generalgouvernement Warschau zu großen Teilen in den Händen des jüdischen Bevölkerungsteils.

Die ländliche Bevölkerung war in weit größerem Umfang als im Generalgouvernement in der Lage, von den Erträgen der Landwirtschaft zu leben. Hierzu trug u.a. die wesentlich geringere Bevölkerungsdichte bei. Die Region war vor 1914 als Herkunftsregion von Saisonarbeitern nicht besonders hervorgetreten. Nur knapp 4 000 Litauer waren in den letzten Vorkriegsjahren jeweils nach Deutschland gekommen.⁴⁶ Eine gewisse Arbeitswanderung fand auch in diejenigen

⁴⁰ Die Vorteile der deutschen Okkupation. BA-MA, N 30, Nr. 38; vgl. Bemann, Schonende Behandlung (wie Anm. 1), S. 8 ff. u. 15.

⁴¹ Bemann: Schonende Behandlung (wie Anm. 1), S. 11.

⁴² Kries, Deutsche Polenpolitik (wie Anm. 16), S. 81.

⁴³ Erwiderung über die Denkschrift über die Zustände im okkupierten Polen [ohne Verfasser, Juli 1917]. GStA, Rep 77, Titel 1884, Nr. 1, S. 262.

⁴⁴ Georg Escherich, Der Bialowieser Urwald, in: Das Land Ober Ost. Deutsche Arbeit in den Verwaltungsgebieten Kurland, Litauen und Bialystok-Grodno, hrsg. v. der Presseabteilung Ober Ost. Stuttgart 1917, S. 280.

⁴⁵ Rudolf Höpke, Die deutsche Verwaltung in Litauen, 1915–1918. Berlin 1921, S. 77.

⁴⁶ Klaus J. Bade, Arbeiterstatistik und Ausländerkontrolle: Die „Nachweisungen“ der preußischen Landräte über den „Zugang, Abgang und Bestand der ausländischen Arbeiter im preußischen Staate“ 1906–1914, in: Archiv für Sozialgeschichte 24 (1984), S. 174–254.

Gegenden Russisch-Polens statt, in denen landwirtschaftliche Arbeiter gesucht wurden.⁴⁷

Nachdem der Krieg ausgebrochen war und im Sommer 1915 die deutsche Armee in das Baltikum vordrang, gab es dort nur in wenigen Städten Arbeitslosigkeit, vor allem unter der jüdischen Bevölkerung. Zwar hatten auch hier Industriebetriebe schließen müssen und Handel und Handwerk hatten schwere Schäden erlitten,⁴⁸ aber die Zahl der Erwerbslosen war weitaus geringer, da der größte Teil der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebte. Ein wesentlich größeres Problem stellte vielerorts die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge aus den nahen Frontgebieten dar. In den ländlichen Gebieten herrschte zum Teil sogar Arbeitskräftemangel.⁴⁹ Dies lag u.a. daran, dass zahlreiche Einwohner vor den Kampfhandlungen geflohen oder von der russischen Armee wegen angeblicher Kollaboration deportiert worden waren.⁵⁰

Im Gegensatz zu Russisch-Polen wurde in den besetzten Gebieten des Baltikums eine reine Militärverwaltung eingerichtet, die dem Oberbefehlshaber Ost (bis August 1916 Paul von Hindenburg,⁵¹ danach Prinz Leopold von Bayern⁵²) unterstand. Der Einfachheit halber wurde diese Verwaltungseinheit, die Kurland, Litauen und Nordostpolen umspannte, mit der Bezeichnung „Ober Ost“ versehen.

Während der Oberbefehlshaber Ost in der Verwaltung in erster Linie repräsentative Funktionen wahrnahm, wurden viele wichtige

⁴⁷ Poland (wie Anm. 5), S. 245; vgl. Guttry, *Die Polen* (wie Anm. 8), S. 117.

⁴⁸ Bericht über die Einrichtung und Fortentwicklung der Verwaltung Wilna für die Zeit bis Ende 1915. GStA, Rep 89, Nr. 32465.

⁴⁹ Dies lässt sich vor allem für Kurland nachweisen. Verwaltungsberichte der Deutschen Verwaltung für Kurland, Oktober 1915 – Juli 1916. GStA, Rep 89, Nr. 32465.

⁵⁰ Peter Gatrell, *A whole empire walking. Refugees in Russia during World War I*. Bloomington, Ind. 1999. In Kurland sank die Einwohnerzahl von 812 300 auf 245 000. Detlef Henning, *Der ethnische Wandel in Estland und Lettland. Von den deutschen Ostseeprovinzen Russlands zu den baltischen Sowjetrepubliken unter Stalin*, in: *Der ethnische Wandel im Baltikum zwischen 1850–1950*, hrsg. v. Heinrich Wittram. Lüneburg 2005 (Baltische Seminare. 11), S. 13 f.

⁵¹ Paul von Hindenburg (1847–1934) wurde kurz nach Kriegsausbruch aus dem Ruhestand reaktiviert und mit der Leitung der deutschen Truppen an der Ostfront betraut. Im August 1916 übernahm er mit Erich Ludendorff die 3. Oberste Heeresleitung (OHL).

⁵² Prinz Leopold von Bayern (1846–1930) hatte sich im deutsch-französischen Krieg 1870/71 militärisch hervorgetan und war u.a. mit dem höchsten Orden der bayrischen Armee ausgezeichnet worden. 1915 wurde er aus dem Ruhestand reaktiviert und mit der Führung der 9. Armee betraut, mit der er im August Warschau einnahm. Nach dem Überwechseln Hindenburgs zur OHL wurde Prinz Leopold von Bayern zum Oberbefehlshaber Ost ernannt. Mit der Verwaltung von Ober Ost setzte er sich jedoch nur wenig auseinander. Wilhelm von Gayl, „Mit Schwert und Feder!“ Erinnerungen an Front- und Verwaltungsdienst in den Jahren 1914/1919. MS [1942], BAK, N 1031, Nr. 2, S. 58.

Entscheidungen von Erich Ludendorff⁵³ getroffen, der in Ober Ost praktisch die Position eines Verwaltungschefs einnahm. Auch nachdem Ludendorff 1916 in die Oberste Heeresleitung gewechselt war, konnte er sich in seiner Funktion als Generalquartiermeister und durch die Pflege guter Kontakte zu seinen ehemaligen Mitarbeitern, die vielfach ähnliche Ideen vertraten, einen erheblichen Einfluss sichern.

Aufgrund seiner ausgedehnten Agrar- und Forstgebiete war für Ober Ost in erster Linie eine Rolle als Lebensmittel- und Holzlieferant vorgesehen. Das Verwaltungsgebiet sollte von den eigenen Ressourcen leben und zusätzlich Heer und Heimat versorgen.⁵⁴ Ludendorff strebte allerdings mehr als nur eine Umsetzung dieser Ziele an, er wollte „etwas Ganzes (...) schaffen“.⁵⁵ Er strebte einen Musterstaat an, in dem das Militär die maßgebliche kreative Institution bildete. Unter dem Stichwort „deutsche Arbeit“ sollte durch eine technokratische und durchrationalisierte Vorgehensweise in diesem Staat eine maximale Ausnutzung der Ressourcen für die Kriegswirtschaft erreicht werden. Gleichzeitig sollte das als rückständig betrachtete Land zu neuer „Kultur“ und Leistungskraft geführt werden. Der Erfolg dieser Maßnahmen sollte die deutsche wie die einheimische Bevölkerung überzeugen, dass Ober Ost dauerhaft unter deutscher Verwaltung bleiben sollte.⁵⁶ Ein Journalist sagte über die Arbeitsauffassung der Verwaltung 1917: „Ich habe gehört, dass unsere Ob-Ost-Leute sich geradezu freuen, soviel Verwahrlosung angetroffen zu haben. Das gab ihnen ja Gelegenheit, so recht aus dem vollen heraus zu schaffen, ermöglichte ihnen, Umstände ohne Durchgangsstufen sofort auf die Entwicklungshöhen der neuesten Neuzeit zu schrauben.“⁵⁷

Die ehrgeizigen Pläne erforderten eine erhebliche Zahl an Arbeitskräften,⁵⁸ welche bei der geringen Bevölkerungsdichte nur in eingeschränktem Maße zur Verfügung standen. Die Verwaltung sah sich

⁵³ Erich Ludendorff (1865–1937) hatte sich in den ersten Kriegswochen durch die Eroberung von Lüttich einen Namen gemacht. Mit der Ernennung Hindenburgs zum Oberbefehlshaber Ost wurde er diesem als Stabschef zugeordnet. In dieser Funktion bereitete er viele Entscheidungen Hindenburgs vor. Eine vergleichbare Stellung übte er auch als Generalquartiermeister in der 3. OHL aus. In den 1920er Jahren pflegte Ludendorff enge Kontakte zu Hitler und zur nationalsozialistischen Bewegung.

⁵⁴ Liulevicius, *Kriegsland* (wie Anm. 2), S. 87.

⁵⁵ Erich Ludendorff, *Kriegserinnerungen*. Berlin 1919, S. 145.

⁵⁶ Liulevicius, *Kriegsland* (wie Anm. 2), S. 18 u. 72 f.

⁵⁷ Fritz Hartmann, *Ob. Ost. Friedliche Kriegsfahrt eines Zeitungsmannes*. Hannover 1917, S. 98.

⁵⁸ Liulevicius: *Kriegsland* (wie Anm. 2), S. 100; vgl. Höpke, *Litauen* (wie Anm. 45), S. 77.

durch den zum Teil eklatanten Mangel an Arbeitskräften jedoch nicht veranlasst, ihre Pläne zu beschränken, sondern versuchte durch zunehmenden Zwang, die Bevölkerung zur Arbeit heranzuziehen.⁵⁹ Diese Prioritätensetzung führte außerdem dazu, dass der Anwerbung nach Deutschland ein weit geringerer Stellenwert als im Generalgouvernement zukam. Zwar gelang es auch hier der DAZ, ein Monopol für die Anwerbung nach Deutschland zu erhalten. Die Vermittlung innerhalb Ober Ost lag jedoch in den Händen der Militärverwaltung.⁶⁰ Auch wurden in Ober Ost weit geringere Anwerbezahlen erreicht; während der gesamten Besatzungszeit konnten nur 34 108 Arbeitskräfte aus Ober Ost nach Deutschland vermittelt werden.⁶¹ Neben den schlechteren Ausgangsbedingungen – geringere Bevölkerungsdichte und kleinere Arbeitslosenzahl – sind die niedrigen Anwerbungszahlen auch darauf zurückzuführen, dass die Verwaltung die Anwerbung immer mehr einschränkte. Im Juni 1916 limitierte der Oberbefehlshaber Ost die Vermittlung auf Industriearbeiter,⁶² ein Jahr später wurden nur noch Juden und weibliche landwirtschaftliche Arbeitskräfte für die Anwerbung freigegeben. Nicht-jüdische männliche Arbeitskräfte durften nur aus dem südlichen Teil von Ober Ost vermittelt werden.⁶³ Diese von der Politik im Generalgouvernement stark abweichende Politik gegenüber jüdischen Arbeitskräften hing zum einen damit zusammen, dass im September 1917 verbliebene Zugangssperren für osteuropäische Juden aufgehoben worden waren,⁶⁴ zum anderen war die Verwaltung in Ober Ost offensichtlich bemüht, diese wenig beliebten Arbeitskräfte für die Anwerbung nach Deutschland freizugeben, um attraktivere Arbeitskräfte wie z.B. Polen vor Ort halten zu können.

In Männern wie dem Leiter der Forstverwaltung von Bialowies, Georg Escherich, fand Ludendorffs Politik der maximalen Ausbeu-

⁵⁹ Siehe Christian Westerhoff, Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg? Rekrutierung von Arbeitskräften aus Polen und dem Baltikum für die deutsche Kriegswirtschaft 1914–1918, in: *Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900 bis 2007*, hrsg. v. Dieter Bingen, Peter Oliver Loew u. Nikolaus Wolf. Wiesbaden 2008, S. 151-154.

⁶⁰ Oberbefehlshaber Ost, Sammelbefehl Nr. 6, Ziffer 74, S. 36 f., „Verbot der wilden Arbeiteranwerbung“, 13.12.1917. BA-MA, PHD 8/24.

⁶¹ Regierungskommission für Arbeiterfragen im Ministerium für Landwirtschaft am 5. Juni 1919 an Reichsentschädigungskommission. GStA, Rep 87B, Nr. 254.

⁶² Vermittlung von Arbeitskräften aus dem besetzten Gebiet nach Deutschland, in: *Ober Ost, Abt. V: Befehls- und Verordnungsblatt des Oberbefehlshabers Ost*, Nr. 31, 6.6.1916, Ziffer 240, S. 253. BA-MA, PHD 8, Nr. 20.

⁶³ „Verbot der wilden Arbeiteranwerbung“, 13.12.1917. BA-MA, PHD 8/24.

⁶⁴ Herbert, *Ausländerpolitik* (wie Anm. 19), S. 101.

tung der örtlichen Ressourcen tatkräftige Unterstützer. Der bayerische Forstrat hatte sich vor dem Krieg durch Forschungsreisen und Kolonialprojekte in Afrika einen Namen gemacht.⁶⁵ Der Zeichner und Schriftsteller Fritz Koch-Gotha⁶⁶ schilderte Escherich und die Forstverwaltung in Bialowies wie folgt: „Bialowies war das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. (...) Escherich war mit einem Notizbuch, einem Bleistift und einer Riesenenergie hingekommen, um es für Deutschland zu verwalten. Zu kolonisieren, könnte man sagen.“⁶⁷

Anhand der Forstverwaltung Bialowies, die 1915 als eigenständige Verwaltungseinheit unter dem Oberbefehlshaber Ost eingerichtet wurde, soll im Folgenden die Arbeitskräftepolitik in Ober Ost dargestellt werden. Dies bietet sich an, da es sich hierbei um ein besonders anspruchsvolles Verwaltungsprojekt handelte, zu dem außerdem ungewöhnlich viel Quellenmaterial vorliegt.

2.2 Die Forstverwaltung Bialowies

„Kein Betrieb im Ob Ostgebiet war so schnell und so reichlich mit [Arbeits-]Kräften, Maschinen und Feldbahnmaterial versehen wie Bialowies.“⁶⁸

Wilhelm von Gayl, Chef der politischen Abteilung
der Verwaltung Ober Ost

Im Zuge der Eroberung Russisch-Polens und Litauens hatten deutsche Truppen im Herbst 1915 auch den so genannten Urwald von Bialowies erreicht. Hierbei handelte es sich um das größte zusammenhängende, weitgehend ungenutzte Waldgebiet an der Ostfront. Der „Urwald“ befand sich südöstlich der Stadt Białystok (siehe Abb. 1) und war von der Zarenfamilie als Jagdrevier genutzt worden.

⁶⁵ Georg Escherich (1870–1941) hatte u.a. Reisen nach Äthiopien, Äquatorial-Guinea und Kamerun unternommen und seine Pläne zur Bekämpfung von Tropenkrankheiten und zur forstwirtschaftlichen Nutzung der tropischen (Ur-)Wälder unter anderem dem Kaiser und dem Reichstag vorgestellt. In den Anfangsjahren der Weimarer Republik gründete Escherich eine rechtsradikale „Einwohnerwehr“, die Organisation Escherich, die zu Hochzeiten 1 Mio. Mitglieder hatte. Horst G.W. Nußer, *Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918–1933*. Mit einer Biographie von Forstrat Georg Escherich 1870–1941. München 1973; vgl. Heinrich Rubner, *Hundert bedeutende Forstleute Bayerns (1875 bis 1970)*. München 1994, S. 93–96.

⁶⁶ Fritz Koch-Gotha (1877–1956) hielt sich zeitweilig in Bialowies auf. Nach dem Krieg wurde er als Kinderbuchautor unter anderem mit seinem Werk „Die Häschenschule“ bekannt.

⁶⁷ Fritz Koch-Gotha, *Frühlingsfahrt nach Polen: ein Erlebnis*. Berlin 1920, S. 36.

⁶⁸ Gayl, „Mit Schwert und Feder“ (wie Anm. 52), S. 263 f.

Die vormalige Ausrichtung auf die Jagd brachte für eine forstwirtschaftliche Nutzung Vor- und Nachteile mit sich. So fanden sich hier einmalige Baumbestände. Außerdem gab es gut ausgebaute Jagdschneisen, die den Bialowieser „Urwald“ laut Aussage eines Forstbeamten der Verwaltung Ober Ost zum besterschlossenen Waldgebiet Russlands machten.⁶⁹

Außer einer Eisenbahnanbindung stand allerdings keine Infrastruktur zur forstwirtschaftlichen Verwertung bereit. Es gab weder Waldbahnen, Flößereinrichtungen, Sägewerke noch Unterkünfte.⁷⁰ Auch war die Einwohnerzahl der dünn besiedelten Gegend durch die Kriegseinwirkungen weiter vermindert worden, so dass vor Ort kaum einheimische Arbeitskräfte vorhanden waren.⁷¹

Der große Wald mit seinen wertvollen Holzbeständen erweckte sofort das Interesse des Militärs. Für den Stellungsbau an der Front, für die Verlegung von Eisenbahngleisen und die Ausbesserung von Straßen und Brücken wurden enorme Mengen an Holz benötigt. Auch für den Bergbau und als Brennmaterial war Holz von großer Bedeutung. Andere Forstprodukte wie Harz wurden als Ersatz für nicht mehr zu importierende Stoffe für die chemische Industrie gebraucht.⁷²

Schon Mitte September 1915 wurde Georg Escherich mit der Erschließung und Ausbeutung des Waldes betraut.⁷³ Als Leiter der eigens eingerichteten Militärforstverwaltung wurde er mit umfangreichen Kompetenzen ausgestattet. Während er lediglich dem Oberbefehlshaber Ost unterstellt war, verfügte er innerhalb der Forstverwal-

⁶⁹ Borggreve, Forstwirtschaft, in: Das Land Ober Ost (wie Anm. 44), S. 261 f.

⁷⁰ „Die große Schwierigkeit lag darin, dass für ein derartiges gewaltiges Holzunternehmen nichts vorhanden war, auf dem man aufbauen konnte, und alles erst von Grund auf geschaffen werden musste.“ Georg Escherich, *Der alte Forstmann: Fahrten und Fährten in weiter Welt*. Berlin 1935, S. 220. Diese Aussage Escherichs sollte nicht unkritisch übernommen werden. Dass der Forstbetrieb quasi „aus dem Nichts“ geschaffen worden sei, war ein beliebter Topos, um die Leistungen der Forstverwaltung und ihres Leiters herauszustellen. Siehe auch ders., *Der Bialowieser Urwald* (wie Anm. 44), S. 279 f.; vgl. Emil Voit, *Die Erschließung des Urwaldes*, in: *Bialowies unter deutscher Verwaltung*, hrsg. v. der Militärforstverwaltung Bialowies. Berlin 1917, S. 23.

⁷¹ Voit, *Die Erschließung* (wie Anm. 70), S. 23; vgl. Otto Bredt, *Zur forstlichen Betriebsführung: ein Beitrag aus der Urwaldwirtschaft von Bialowies*. Berlin-Charlottenburg 1920, S. 2, vgl. Harald Gruber: *Die Eroberung des Urwaldes*, in: *Bialowies unter deutscher Verwaltung* (wie Anm. 44), S. 9.

⁷² Bemann, *Schonende Behandlung* (wie Anm. 1), S. 3; vgl. Liulevicius, *Kriegsland* (wie Anm. 2), S. 99.

⁷³ Voit, *Die Erschließung* (wie Anm. 70), S. 19; vgl. Wilhelm Franz, *Deutsche Arbeit im Urwald von Bialowies*. Nach einem Bericht, erstattet an die Wissenschaftliche Kommission des Königlich Preussischen Kriegsministeriums. Berlin 1917, S. 1.

tung als ziviler Verwaltungschef und militärischer Kommandant über eine nahezu uneingeschränkte Verfügungsgewalt über Menschen und Material.⁷⁴ Der Biograf Horst Nußer beschreibt Escherich als den „unumschränkten Herrscher in Bialowies“,⁷⁵ dessen außerordentliche Machtmittel denjenigen eines mittelalterlichen Potentaten entsprechen hätten.⁷⁶



Abb. 3: Personal der Forstverwaltung Bialowies mit Einheimischen⁷⁷

Die Hauptaufgabe der Forstverwaltung lag darin, „die vorhandenen forstlichen Rohstoffe den Bedürfnissen von Heer und Heimat nutzbar zu machen“.⁷⁸ Nach Escherichs Vorstellungen galt es dabei, unter Einsatz aller verfügbaren Mittel den größtmöglichen Output zu erreichen. Eine extensive, an die örtlichen Verhältnisse angepasste Nutzung des Waldes kam für ihn aus kriegswirtschaftlichen Gründen nicht in Frage:

„Es wäre ein schwerer volkswirtschaftlicher Fehler gewesen, wenn man aus kurzsichtiger Sparsamkeit oder Bequemlichkeit

⁷⁴ Escherich, *Der Bialowieser Urwald* (wie Anm. 44), S. 281; vgl. Gayl, „Mit Schwert und Feder“ (wie Anm. 52), S. 263.

⁷⁵ Nußer, *Konservative Wehrverbände* (wie Anm. 65), S. 60.

⁷⁶ Ebenda, S. 62.

⁷⁷ BAK, Bild 3, *Sachthematische Bildersammlung, II. Erster Weltkrieg, 1914–1918*.

⁷⁸ Bredt, *Zur forstlichen Betriebsführung* (wie Anm. 71), S. 2.

sich begnügt hätte, die Forstnutzung den vorhandenen Arbeitskräften und Transportmitteln anzupassen. Man hätte dann sehr wohl rasch und sicher finanzielle Überschüsse aufweisen können, hätte aber trotzdem wider die Interessen einer großzügigen deutschen Kriegswirtschaft gehandelt, die die möglichste Erfassung der vorhandenen Kriegsrohstoffe selbst unter Hintansetzung augenblicklicher finanzieller Gesichtspunkte verlangt, die überall da, wo es möglich ist, kraft- und menschenparende Großbetriebe fördern und die mit allen Halbheiten rücksichtslos brechen muß, um der gegen sie gerichteten Kriegswirtschaft der ganzen Welt siegreich begegnen zu können.“⁷⁹

Die enormen Holzvorkommen in Bialowies riefen daher nach Meinung Escherichs trotz des Mangels an Infrastruktur und Arbeitskräften geradezu nach der Schaffung eines sehr großen Forstbetriebes samt Einrichtungen zur Weiterverarbeitung der Forstprodukte.⁸⁰

Der Ehrgeiz Escherichs endete jedoch nicht in der maximalen Steigerung der Holzproduktion für die Kriegswirtschaft. Auch nach Friedensschluss sollte die Forstverwaltung die Holzversorgung Deutschlands sichern. Außerdem wollte Escherich in Bialowies beweisen, dass sich die Gewinnung von Holzprodukten in einem „Urwald“ lohne. Das „System Bialowies“ sollte als Modell für die forstwirtschaftliche Nutzung der Wälder Kameruns dienen. Diese Pläne wurden vom Reichskolonialamt interessiert aufgenommen. Im Frühjahr 1918 wurde in Bialowies eigens ein „Kolonialwirtschaftliches Büro“ eingerichtet.⁸¹

Um in einem wenig erschlossenen Waldgebiet den größten Forstbetrieb der besetzten Gebiete einzurichten, war es zunächst notwendig, eine entsprechende Infrastruktur zu schaffen. Zum Abtransport des Holzes verlegte die Verwaltung über 100 km Waldbahnen. Zur Verarbeitung des Holzes legte sie Sägewerke, eine Holzwoollfabrik, eine Holzverkohlungsanlage, Terpentin- und Teeröfen, Harzereien und Köhlereien sowie Werkstätten für Schindelmacher, Speichenhauer und andere Handwerker an. Darüber hinaus wurden für die Unterbringung und Versorgung des Personals Barackenlager mit

⁷⁹ Escherich, *Der Bialowieser Urwald* (wie Anm. 44), S. 280.

⁸⁰ Ebenda, S. 280 f.

⁸¹ Escherich, *Der alte Forstmann* (wie Anm. 70), S. 224 ff.

Licht und Wasserversorgung, Magazine, Küchen, Entlausungsanstalten, Stallungen, Scheunen und andere Einrichtungen geschaffen.⁸²

Für diese Arbeiten mussten Millionen an Reichsmark investiert werden.⁸³ Nach eigener Aussage gelang es Escherich mit Unterstützung Ludendorffs, die Finanzierung durch die Verwaltung Ober Ost zu sichern: „Ludendorff hielt zu mir; er wusste ja, was es galt.“⁸⁴ Trotz der hohen Investitionen schrieb die Forstverwaltung schon bald schwarze Zahlen.⁸⁵ Hierzu trug bei, dass Forstprodukte nicht nur an das Heer abgeführt, sondern auch an private Firmen verkauft wurden.⁸⁶

Ein weit größeres Problem als die Beschaffung der nötigen Finanzmittel stellte die Rekrutierung von Arbeitskräften dar. Für die Umsetzung seiner ehrgeizigen Pläne veranschlagte Escherich einen Personalbedarf von 10 000 Menschen. Allein für den Aufbau des Transportnetzes, der Unterkünfte und der technischen Anlagen wurden hunderte Arbeitskräfte gebraucht.⁸⁷

Da die Umgebung nur dünn besiedelt war, versuchte die Forstverwaltung, Arbeitskräfte aus den gesamten östlichen Besatzungsgebieten zu gewinnen. Sie schickte Agenten in die nahe gelegenen Städte Białystok, Bielsk, Bransk (Brańsk) und Pruzana (Pruzana), aber auch nach Lodz.⁸⁸ Später vermittelte die DAZ Personal aus dem Generalgouvernement, vor allem polnische und jüdische Industriearbeiter aus Lodz.⁸⁹ Dies ist insofern bemerkenswert, als die Politik des Generalgouvernements vorsah, jede zu entbehrende Arbeitskraft der Arbeitsaufnahme in Deutschland zur Verfügung zu stellen, und hierfür auch einen Mangel an Arbeitskräften für Arbeiten im Generalgouvernement in Kauf nahm.

Außerdem vereinbarte die Forstverwaltung mit den Kreishauptleuten der benachbarten Kreise Bielsk, Wolkowysk (Wołkowysk) und Swisslocz (Świsłocz), dass „die dort wohnende Arbeiterschaft nach

⁸² Escherich, *Der Bialowieser Urwald* (wie Anm. 44), S. 281 f.; vgl. Franz, *Deutsche Arbeit* (wie Anm. 73), erster Bericht, S. 17 u. 19.

⁸³ Escherich, *Der Bialowieser Urwald* (wie Anm. 44), S. 280 f.

⁸⁴ Karl Strecker, *Auf den Spuren Hindenburgscher Verwaltung. Erlebnisse und Ergebnisse einer Studienfahrt nach Ober Ost*. Berlin 1917, S. 38.

⁸⁵ Nußer, *Konservative Wehrverbände* (wie Anm. 65), S. 65.

⁸⁶ Liulevicius, *Kriegsland* (wie Anm. 2), S. 99.

⁸⁷ Escherich, *Der Bialowieser Urwald* (wie Anm. 44), S. 281 f.

⁸⁸ Voit, *Die Erschließung* (wie Anm. 70), S. 23.

⁸⁹ Halbjahresbericht des Verwaltungschefs beim GGW, 1.10.1917–31.3.1918. GStA Rep 84a, Nr. 6211; vgl. „Jüdische Arbeiterstimme, Organ der jüdischen Sozialdemokraten, ‚Poale Zion‘ in Deutschland“, Berlin 16.6.1921, Nr. 7; vgl. Koch-Gotha, *Frühlingsfahrt* (wie Anm. 67), S. 68 f.

vollendeter Ernte zu den Winterwaldarbeiten abzugeben ist“.⁹⁰ Gemeint war hiermit eine „Verleihung“ der arbeitsfähigen Bevölkerung, die in Ober Ost zu vielfachen Arbeiten für die Verwaltung verpflichtet war.⁹¹

Darüber hinaus trafen viele Flüchtlinge in Bialowies ein, die entweder aus den Frontgebieten stammten oder die besetzten Gebiete während der Kampfhandlungen bzw. im Zuge des russischen Rückzuges 1915 verlassen hatten und nun zurückkehrten. Ob diese freiwillig in den Dienst der Forstverwaltung eintraten oder hierzu gezwungen wurden, lässt sich nicht einwandfrei klären. Laut Forstverwaltung waren viele Flüchtlinge froh, „eine Gelegenheit zu finden, sich ihr täglich Brot mit schwerer Handarbeit zu verdienen“.⁹² Es sind aus dem Generalgouvernement und aus Ober Ost jedoch auch Fälle bekannt, in denen Flüchtlinge zwangsweise zu Arbeiten verpflichtet wurden.⁹³



Abb. 4: Russische Kriegsgefangene beim Verladen von Baumstämmen in Bialowies⁹⁴

⁹⁰ Franz, *Deutsche Arbeit* (wie Anm. 73), erster Bericht, S. 44.

⁹¹ Westerhoff, *Zwangsarbeit* (wie Anm. 59), S. 151.

⁹² Voit, *Die Erschließung* (wie Anm. 70), S. 23 f. u. 32; vgl. Koch-Gotha, *Frühlingsfahrt* (wie Anm. 67), S. 67.

⁹³ Verwaltungsbericht Wilna-Suwalki für das 3. Vierteljahr 1916. GStA, Rep 84a, Nr. 6210; vgl. Halbjahresbericht des Verwaltungschefs beim GGW, 1.10.1917–31.3.1918. BAB, R 1501, Nr. 119761.

⁹⁴ BAK, Bild 3, Sachthematische Bildersammlung, II. Erster Weltkrieg, 1914–1918.

Insgesamt gelang es der Forstverwaltung, einen beachtlichen Personalstamm aufzubauen. Ende 1916 gehörten ca. 5 000 Zivilarbeiter zur Belegschaft.⁹⁵ Im Winter 1917/18 sollen zeitweise sogar bis zu 8 000 Zivilarbeiter beschäftigt gewesen sein.⁹⁶ Bei ca. 1 000 Beschäftigten handelte es sich um Frauen.⁹⁷ Hinzu kamen mehr als 2 000 russische und französische Kriegsgefangene und mehrere hundert deutsche Heeresangehörige.⁹⁸ Es ist also durchaus möglich, dass die angestrebte Zahl von 10 000 Beschäftigten erreicht wurde, auch wenn die Belegschaft stark fluktuierte.⁹⁹ Damit hatte die Forstverwaltung Bialowies mehr Beschäftigte als die angrenzenden Forstverwaltungen Grodno und Białystok zusammen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Die Belegschaft der Forstverwaltungen Grodno, Białystok und Bialowies, Ende 1916¹⁰⁰

	Grodno	Białystok	Bialowies
Zivilarbeiter	1 000	3 300	4 980
Kriegsgefangene	835	1 000	2 860
deutsche Heeresangehörige	789	417	743
Gesamt	2 624	4 717	8 583

Dennoch war die Zahl der Arbeitskräfte für die geplanten Tätigkeiten nicht ausreichend.¹⁰¹ Im Laufe der Zeit wurde es zudem zunehmend schwieriger, neues Personal zu gewinnen.¹⁰² Häufig entsprachen die Arbeitskräfte nicht den Erwartungen der Forstverwaltung. Hauptmann Voit, Mitarbeiter Escherichs, beklagte sich über die physische

⁹⁵ Verwaltungsbericht der Militärverwaltung Białystok-Grodno, 1.10.1916–1.4.1917. GStA, Rep 84a, Nr. 6211; vgl. Bredt, Zur forstlichen Betriebsführung (wie Anm. 71), S. 2.

⁹⁶ Wilhelm Franz, Deutsche Arbeit im Urwald von Bialowies. Nach einem zweiten Bericht erstattet an die Wissenschaftliche Kommission des Königlich Preussischen Kriegsministeriums. Berlin 1918, S. 12; vgl. Verwaltungsbericht der Militärverwaltung Litauen, Bezirk Süd in Białystok für die Zeit vom 1.10.1917 bis zum 31.3.1918. GStA, Rep 77, Titel 875, 14 Adh. 2.

⁹⁷ Franz, Deutsche Arbeit (wie Anm. 96), zweiter Bericht, S. 12; vgl. Voit, Die Erschließung (wie Anm. 70), S. 32.

⁹⁸ Verwaltungsbericht der Militärverwaltung Białystok-Grodno, 1.10.1916–1.4.1917. GStA, Rep 84a, Nr. 6211; vgl. Bredt, Zur forstlichen Betriebsführung (wie Anm. 71), S. 2.

⁹⁹ In einigen Berichten ist davon die Rede, dass zahlreiche Arbeitskräfte die Forstverwaltung wieder verlassen hätten. Jüdische Arbeiterstimme (wie Anm. 89), S. 1; vgl. Koch-Gotha: Frühlingfahrt (wie Anm. 67), S. 68 f.

¹⁰⁰ Verwaltungsbericht der Militärverwaltung Białystok-Grodno, 1.10.1916–1.4.1917. GStA, Rep 84a, Nr. 6211.

¹⁰¹ Voit, Die Erschließung (wie Anm. 70), S. 23 f.

¹⁰² Franz, Deutsche Arbeit (wie Anm. 96), zweiter Bericht, S. 11.

Verfassung der Belegschaft: „Bald trafen sie in großen Scharen ein, alte Männer und halbwüchsige Burschen, Weiber, Mädchen und Kinder mit Sack und Pack, meist Flüchtlinge in abgerissenen Kleidern, abgehärmt und halb verhungert, darunter viele, die früher bessere Tage gesehen hatten.“¹⁰³

Ein großes Problem stellte auch die mangelnde Qualifikation der Beschäftigten und Verständigungsschwierigkeiten dar: „Schwer war der Anfang (...) für die Arbeiter, die niemals eine Säge und Axt in der Hand gehabt hatten, wie auch für das anlernende Forstpersonal, das sich mit den fremdsprachigen Leuten kaum verständigen konnte.“¹⁰⁴ Dennoch wurden in wenigen Monaten Tausende Menschen „unterschiedlichster Intelligenz [Bildungsgrad; C. W.]“ angelernt.¹⁰⁵

Der schlechte Zustand der Belegschaft resultierte vielfach aus den örtlichen Arbeitsbedingungen. Bei vielen Tätigkeiten handelte es sich um schwere körperliche Arbeit.¹⁰⁶ Die Arbeitskräfte waren für ungünstige Witterungsverhältnisse nicht ausreichend ausgerüstet,¹⁰⁷ und die Versorgung mit Lebensmitteln stellte wegen der abgelegenen Lage gerade in der Anfangszeit ein großes Problem dar.¹⁰⁸ Als Unterkünfte für das Personal mussten zunächst Jägerhütten, Ställe oder Heuschuppen erhalten.¹⁰⁹

Die Forstverwaltung hob an vielen Stellen hervor, dass sie „mustergültige“ Maßnahmen unternahm, um Missstände zu beseitigen. So strebte die Verwaltung an, durch eigene landwirtschaftliche Produktion die Lebensmittelversorgung zu verbessern.¹¹⁰ Nach Inbetriebnahme der Sägewerke wurden Baracken errichtet, die laut Verwaltung modernsten hygienischen Anforderungen entsprachen.¹¹¹ Zur Seuchenbekämpfung wurde eine eigene Sanitätsabteilung aufgestellt.¹¹²

Der Ausbruch von Seuchen konnte so zwar weitgehend verhindert werden.¹¹³ Eine durchschlagende Verbesserung der Lage der Beleg-

¹⁰³ Voit, Die Erschließung (wie Anm. 70), S. 23 f.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 25.

¹⁰⁵ Franz, Deutsche Arbeit (wie Anm. 73), erster Bericht, S. 17.

¹⁰⁶ Voit, Die Erschließung (wie Anm. 70), S. 32; vgl. Koch-Gotha, Frühlingfahrt (wie Anm. 67), S. 67.

¹⁰⁷ Voit, Die Erschließung (wie Anm. 70), S. 32.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 46.

¹⁰⁹ Franz, Deutsche Arbeit (wie Anm. 73), erster Bericht, S. 35.

¹¹⁰ Koch-Gotha, Frühlingfahrt (wie Anm. 67), S. 89; vgl. Escherich, Der alte Forstmann (wie Anm. 70), S. 223; Franz, Deutsche Arbeit (wie Anm. 73), erster Bericht, S. 38.

¹¹¹ Franz, Deutsche Arbeit (wie Anm. 73), erster Bericht, S. 35.

¹¹² Voit, Die Erschließung (wie Anm. 70), S. 39-43.

¹¹³ Ebenda, S. 40-43; vgl. Franz, Deutsche Arbeit (wie Anm. 73), erster Bericht, S. 38; Koch-Gotha, Frühlingfahrt (wie Anm. 67), S. 36 f.

schaft trat jedoch nicht ein. Dies blieb nicht ohne Folgen für die Leistungsfähigkeit: „Die (...) einheimischen Arbeiter und Arbeiterinnen (...) sind ein von Vollkraft bis zu geringster Arbeitsfähigkeit abgestuftes Menschenmaterial, das zum Teil unterernährt und in dürtiger Kleidung nur noch einen Bruchteil der normalen Arbeitskraft hergeben konnte.“¹¹⁴

Viele Hinweise deuten darauf hin, dass die Maßnahmen der Forstverwaltung in erster Linie der Aufrechterhaltung bzw. dem Ausbau der Produktion dienten. Konnte durch eine Besserung der Lebensbedingungen die Produktion gesteigert werden und standen hierfür die notwendigen Mittel bereit, dann wurden diese auch eingesetzt. Standen diese Mittel jedoch nicht bereit oder war eine Besserung nur unter Inkaufnahme von Produktionsminderungen zu erreichen, wurden der Belegschaft auch härteste Arbeitsbedingungen zugemutet.

Trotz der zunehmend schwierigeren Personalbeschaffung und der zum Teil geringen Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte stieg die Produktion von Forstprodukten zumindest bis Ende 1917 fortlaufend. Dies hatte seine Ursache vor allem darin, dass zahlreiche Anlagen erst nach und nach fertig gestellt wurden. Außerdem konnten die bisher zum Aufbau verwendeten Arbeitskräfte nun der Produktion zugeführt werden. Auch technische Verbesserungen trugen zum Wachstum bei.¹¹⁵

Die Forstwirtschaft von Bialowies wurde zum größten Holzlieferanten der besetzten Gebiete. Die Holzprodukte wurden in zahlreiche Orte in Deutschland und sogar bis ins besetzte Belgien geliefert. Die Forstverwaltung überließ es jedoch nicht dem Zufall, dass die zivile und militärische Führung des Reiches sowie die Öffentlichkeit auf die kriegswirtschaftliche Bedeutung der Forstwirtschaft aufmerksam wurden. In Bialowies, wo er im Jagdschloss des Zaren residierte, empfing Escherich zahlreiche Gäste. Er verstand es, Politikern, Militärs, Wissenschaftlern und Vertretern der Presse die Forstverwaltung von Bialowies als einen Musterbetrieb und als ein Unternehmen von großer Bedeutung für das Reich darzustellen.¹¹⁶ Besuchergruppen wurde ein ausgesuchtes Programm präsentiert, in dem sie nur das sahen, was sie sehen sollten. Unterstützt wurde die Verwaltung

¹¹⁴ Franz, *Deutsche Arbeit* (wie Anm. 96), zweiter Bericht, S. 11 f.

¹¹⁵ Ebenda, S. 15.

¹¹⁶ Ludendorff, *Kriegserinnerungen* (wie Anm. 55), S. 156; vgl. Gayl, „Mit Schwert und Feder“ (wie Anm. 52), S. 264.

vom Königlich Preussischen Presseamt, das positive Nachrichten für die Stimmung an der Heimatfront benötigte.¹¹⁷

Außerdem pflegte Escherich gute Kontakte zu zahlreichen wichtigen Persönlichkeiten. Prinz Leopold von Bayern z.B., seit dem 29. August 1916 Oberbefehlshaber Ost und damit sein direkter Vorgesetzter, war ein alter Jagdfreund Escherichs und förderte ihn nach Kräften.¹¹⁸ Auch durch Ludendorff wurde er wie erwähnt unterstützt.

3. Fazit

Die Arbeitskräftepolitik im Generalgouvernement Warschau unterschied sich stark von derjenigen in Ober Ost. Dies lässt sich auf verschiedene Ursachen zurückführen. So lagen in beiden Gebieten unterschiedliche Ausgangsbedingungen vor.

Im Generalgouvernement gab es schon zu Beginn der Besetzung zahlreiche Gründe, die für eine größere Bedeutung der Anwerbung nach Deutschland sprachen als in Ober Ost. So war das Besatzungsgebiet dicht besiedelt und wies eine beträchtliche Arbeitslosigkeit auf. Es standen somit viele potenzielle Arbeitskräfte zur Verfügung. Auch existierte eine ausgeprägte Wanderungstradition nach Deutschland. Darüber hinaus war es für die Verwaltung wenig attraktiv, polnische Unternehmen – vor allem in der Textilindustrie – weiter zu betreiben, weil die entsprechenden Rohstoffe fehlten oder die Produkte für die Kriegswirtschaft nicht von Relevanz waren. Auch war die Produktion in Deutschland aus Gründen der Kriegswirtschaft oder der Konkurrenz in vielen Fällen interessanter.

In Ober Ost dagegen gab es aufgrund der dünnen Besiedlung nur verhältnismäßig wenig potenzielle Arbeitskräfte. Gleichzeitig verfügte das Verwaltungsgebiet über ausgedehnte land- und forstwirtschaftliche Ressourcen, die für die Kriegswirtschaft von großem Interesse waren. Für deren Nutzung wurden die vorhandenen Arbeitskräfte benötigt. Ein mit dem Generalgouvernement vergleichbarer Umfang der Anwerbung wäre also nur schwer und unter Verzicht auf die Ausnutzung der Ressourcen zu erreichen gewesen.

¹¹⁷ Sammy Gronemann, Hawdloh und Zapfenstreich: Erinnerungen an die ostjüdische Etappe 1916–18. Königsstein i.Ts. 1924, S. 129; vgl. Nußer, *Konservative Wehrverbände* (wie Anm. 65), S. 70 f.

¹¹⁸ Nußer, *Konservative Wehrverbände* (wie Anm. 65), S. 60.

Insbesondere für Bialowies reicht die Ausgangslage jedoch nicht aus, um die tatsächlich eingeschlagene Politik zu erklären. Die ausgedehnten Holzvorkommen machten eine forstwirtschaftliche Nutzung sehr attraktiv. Das Angebot an Arbeitskräften war in der Region jedoch sehr gering und Anlagen zur Verarbeitung der Forstprodukte mussten erst mühsam aufgebaut werden. Der von Escherich in Aussicht genommene Großbetrieb entsprach also keineswegs den örtlichen Gegebenheiten. Besonders bemerkenswert ist, dass sogar Arbeitskräfte aus dem Generalgouvernement angeworben werden konnten – obwohl hier die Anwerbung nach Deutschland höchste Priorität hatte.

Entscheidend für das Vorgehen der Verwaltungen waren deren Ziele. Diese konnten durchaus von den Ausgangsbedingungen abweichen. Für den Generalgouverneur und den Verwaltungschef in Warschau hatte die Arbeitsaufnahme in Deutschland eindeutig Priorität vor der Produktion im Verwaltungsgebiet. Im Mittelpunkt der Anwerbebemühungen standen insbesondere christliche Männer, die im Besatzungsgebiet nach Möglichkeit durch Frauen und jüdische Arbeitskräfte beiderlei Geschlechts zu ersetzen waren. Aus diesem Grund konzentrierte sich die Politik im Generalgouvernement auf die Anwerbung männlicher polnischer Arbeitskräfte, selbst wenn dies mit einer geringeren Ressourcenausbeutung vor Ort erkauft wurde. Inwiefern dieses Ziel durch die Reichsregierung, die Oberste Heeresleitung, Vertreter der deutschen Wirtschaft oder die Deutsche Arbeiterzentrale bestimmt war, oder ob es sich um eigenständige Vorstellungen der Verwaltung handelte, wird durch weitere Forschungen zu klären sein.

Für Ober Ost und Bialowies lassen sich eigene, abweichende Vorstellungen konstatieren, die von entscheidendem Einfluss waren. Sowohl Ludendorff als auch Escherich drangen auf einen großflächigen Arbeitskräfteeinsatz in ihren Verwaltungsgebieten, um eine maximale Ressourcenausbeute zu erreichen. Darüber hinaus verfolgten sie engagiert weitergehende Ziele: Ludendorff wollte einen „Musterstaat“ errichten, Escherich einen „Musterbetrieb“. Beide strebten eine langfristige Anbindung ihrer Verwaltungsgebiete an das Deutsche Reich an.

Eine Einschränkung der Pläne wegen des Mangels an Arbeitskräften kam für Ludendorff und Escherich nicht in Frage. Das nötige Personal war gegen alle Widerstände herbeizuschaffen und einzusetzen, selbst wenn dies zu katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten führte. Ein Rückgang der konkurrierenden Anwerbung nach Deutschland wurde nicht nur in Kauf genommen,

sondern war sogar gewollt. Im Gegensatz zum Generalgouvernement Warschau waren für die Anwerbung vor allem die weniger interessanten weiblichen und jüdischen Arbeitskräfte vorgesehen. Durch eine rücksichtslose Konzentration auf Produktionssteigerungen und unter Einsatz massiver PR- und Lobbyarbeit gelang es Escherich, in einem wenig erschlossenen Gebiet die größte Forstwirtschaft der Ostfront zu schaffen.

Weitergehende Aussagen über die Beschäftigung im gesamten Verwaltungsgebiet Ober Ost werden erst im Zuge der Arbeit an meiner Dissertation möglich sein. Zusammenfassend lässt sich jedoch schon jetzt feststellen, dass die Verwaltung in Bialowies eigene Ziele für die Ausnutzung der besetzten Gebiete hatte, die sehr ambitioniert waren und stark von denen im Generalgouvernement abwichen. Da sie alles daran setzte, diese Pläne umzusetzen, musste es zu einer sehr unterschiedlichen Arbeitskräftepolitik in den beiden Besatzungsgebieten kommen.